

Rasse gibt's nicht

Ein Institut macht Vorschläge, das Wort zu tilgen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte veröffentlicht Vorschläge, wie das Wort ersetzt werden kann. Es kommt im Grundgesetz, aber auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das erst 2006 erlassen wurde, vor.

In dem Papier „... und welcher Rasse gehören Sie an?“ beschreibt Hendrik Cremer vom Menschenrechtsinstitut Theorieansätze, die hinter dem Wort liegen und macht deutlich, daß mit der Zuordnung zu einer Rasse meist auch eine „Abwertung bestimmter Gruppen von Menschen“ einhergeht. Obwohl der Begriff Rasse also extrem belastet ist, kommt er im Grundgesetz in Artikel 3, Absatz 3 vor: „Niemand darf wegen ... seiner Rasse... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Cremer plädiert dafür, daß der Begriff aus dem Grundgesetz als dem Fundament der deutschen Rechtsordnung gestrichen wird.

Für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), in dem das Wort Rasse viermal auftaucht, legt Cremer Formulierungshilfen vor. In Paragraph 1 AGG heißt es: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligung aus Gründen der Rasse ... zu verhindern oder zu beseitigen.“ Cremers Änderungsvorschlag lautet: „Ziel des Gesetzes ist, rassistische Benachteiligung ... zu verhindern oder zu beseitigen.“ Daß seine Formulierung weiter ausgelegt werden könnte als das Wort Rasse, weist Cremer zurück.

Quelle: Frankfurter Rundschau Freitag, 8.9.2009

Sind Sie stolz ein Deutscher zu sein?

fragte der linke SPIEGEL den vietnamesischen Vorsitzenden der FDP und Vizekanzler Rösler.

Antwort: „Eigentlich ja, aber der Satz ist von Rechtsradikalen okkupiert worden. Niemand muß ihn plakativ gebrauchen.“

Quelle: Spiegel 29/2011

„Tatsächlich sind die Medien die Gottheiten unserer Zeit geworden. Wie die Dämonen der Vorzeit üben sie Macht aus und machen sich die Menschen hörig, wobei gleichzeitig eine Abwendung aller Werte stattfindet.“

Alexander Solschenizyn

VERSCHWENDUNG, VETTERNWIRTSCHAFT, SCHMUTZKAMPAGNEN

So titelt der linke SPIEGEL über die größte jüdische Gemeinde in Deutschland in Berlin. Und weiter: Dort bekämpfen sich Alteingesessene und Zuwanderer und riskieren den finanziellen Kollaps.

Bislang wurden die ständigen Streitereien der 10.200 Mitglieder intern ausgefochten, jetzt wird der Vorsitzende Joffe öffentlich als „Diktator“, „Populist“, „Großer Vorsitzender“ geschmäht. Es geht um Macht, verletzte Eitelkeiten, Intrigen, Jobs, Pfründen und anrühige Geschäfte. Der Berliner Senat sah sich Ende 2012 gezwungen, einen Rückforderungsbescheid“ zu erlassen und monatlich € 100.000.-- Subventionen einzubehalten. Die Gemeinde schuldet dem Land Berlin 9 Millionen Euro. Das geht so seit 2007. Damals gewann die Liste der Alteingesessenen 13 der 21 Sitze und stellte mit Lala Süsskind - Gattin eines West-Berliner Immobilienhändlers - die Vorsitzende. Sie hatte versprochen, gegen „Verschwendung“ vorzugehen. Statt dessen leaste sie 14 neue Dienstwagen - die Kosten des Fuhrparks der Gemeinde stiegen von Euro 70.000.-- auf 200.000.--.

Aber das ist nur Kleinkram. 2008 verkaufte die Gemeinde ein Wohnhaus für € 565.000. Ein Jahr später ein anderes um 2,7 Millionen Euro. Inzwischen sind einige Wohnungen aus dem Projekt um 990.000 Euro verkauft. Der Investor hat erstklassig verdient. Und so ging es weiter. Sind Sie an einer Liste interessiert empfehlen wir SPIEGEL 12/2013. In der Zwischenzeit eroberte die Zuwandererfraktion 14 der 21 Sitze. Als erste mußte der Antisemitismusbeauftragte gehen, dann die Leiterin der Sozialabteilung, der Kindertagesstätten, und zwei Bildungsreferentinnen. Der neue Vorstand sieht sich mit Rentenansprüchen von 30 Millionen Euro konfrontiert.

Der Historiker Julius Schoeps, ein Nachfahre des Aufklärers Mose Mendelsohn, spricht von einer „permanenten Überfinanzierung“ der Gemeinde durch die praktisch bankrotte Stadt Berlin. „Wenn der Senat das Geld sperren würde“, glaubt Schoeps, der aus der Gemeinde ausgetreten ist, „würde Ruhe einkehren“.

Politiker sind die notorischsten Lügner:

Vor den Wahlen lügen sie immer, und nach den Wahlen regieren sie permanent mit Unwahrheiten. Dagegen sind Wähler die notorischsten Idioten: Vor den Wahlen glauben sie den Lügner, und nach den Wahlen vertrauen sie permanent der Regierung.

Willy Meurer (Deutsch-kanadischer Aphoristiker und Publizist)

Döner-Alarm

Die niederländische Konsumentenschutzorganisation „Consumentenbond“ hat in Holland einen veritablen „Döner-Alarm“ ausgelöst: Untersuchungen des Vereins haben ergeben, daß fast jede zweite Portion des bekannten türkisch-orientalischen Schnellgerichts dermaßen bakteriell verunreinigt ist, daß Lebensmittelvergiftungen drohen. Der Consumentenbond hat die Qualität der in Brotfladen gepackten Fleischgerichte in 49 Döner-Lokalen im ganzen Land untersucht, etwa in Amsterdam, Rotterdam, Utrecht, Groningen und Breda. „Die großen Mengen von Bakterien, die wir im Döner dieser 49 Imbisse fanden deuten darauf hin, daß dort unhygienisch gearbeitet wird.“

Den wohl grauslichsten Döner Hollands entdeckten die Lebensmittelhygieniker in einem Amsterdamer Lokal. Dort waren im Fleisch nicht nur Kolibakterien (sie kommen typischerweise in menschlichen und tierischen Därmen vor), sondern es fand sich auch die Straphylo-coccus-aureus-Bakterie: Diese kann Hautentzündungen Muskelerkrankungen und sogar eine Lungenentzündung auslösen. Die nationale Lebensmittelkontrollbehörde (VVWA) ist aufgrund der Testergebnisse bereits tätig geworden: Sie schickt nun unangekündigt eigene Tester in Döner-Lokale und will demnächst deren Ergebnisse publizieren. Der Umsatz von Kebab-Lokalen ist jedenfalls zuletzt deutlich gesunken.

Quelle: Presse 10.11.2012

Das Malmö-Desaster

In der schwedischen Gesellschaft gärt es. Die Geister scheiden sich an der Integrationspolitik und den besorgniserregenden Fakten einer unkontrollierten Entwicklung durch massive Einwanderung, wie sich explizit am Beispiel Malmö zeigt.

Von den heute etwa 300.000 Einwohnern Malmö sind 40 Prozent keine gebürtigen Schweden, etwa 30 Prozent Muslime. Norwegische Medien sprechen bereits vom „Chicago des Nordens“. Damit reiht sich Schweden in eine lange Liste von Städten Europas ein, in denen sich durch die Massenzuwanderung von Muslimen bedrohliche Veränderungen bemerkbar machen. So verlassen zum Beispiel gegenwärtig Hunderte von Juden Belgiens' Hauptstadt Brüssel. Sie leiden unter massiven Attacken und fühlen sich in einigen Stadtteilen nicht mehr sicher. Auch in Malmö macht sich analog ein wachsender Antisemitismus breit und vertreibt jüdische Familien.

In der Tat wurde 2012 jeder vierte Bürger Opfer eines kriminellen Übergriffs, berichtet die Gesellschaft zur Prävention von Kriminaldelikten. Glen Sjögren von der Stadtpolizei schätzt, daß jeden Monat 200 Menschen auf der Straße ausgeraubt werden, ältere Mitbürger aus Angst kaum noch ihr Haus verlassen. Nur zehn Tage nachdem Schwedens Prinz Daniel zum Nationalfeiertag in der Malmöer Oper die „neuen Schweden“ gefeiert hatte, wurde vor dem Gebäude der 60-jährige Göran Nilsson ermordet, als er gerade eine Polizeiwache verließ - von einem der „neuen Schweden“. Eine Polizeiwache, die solche Mordfälle untersucht wurde in die Luft gesprengt - Zeichen einer sich ausbreitenden Anarchie, die ganze Straßen von muslimischen Jugendgangs beherrscht sieht. Aufruhr wie in London und Paris mit brennenden Autos und ausgeraubten Ladengeschäften kennzeichnen zudem die prekäre Lage, die von den Sicherheitskräften kaum beherrscht wird. An manchen Tagen ist es nicht ratsam einen Zug oder einen Bus zu benutzen, die Kontrolleure verzichten dann darauf, Tickets zu verlangen. Die Medien berichten beschwichtigend und sprechen weiterhin von Toleranz, doch in der Bevölkerung wächst der Widerstand. Blogger wie Baron Bodissay sprechen sogar von einem drohenden Kollaps der Kommune und fürchten um ihr Leben.

Mehr als 5000 Schweden, vorwiegend Frauen, sind bereits zürn Islam übergetreten. Helena Benauoda, eine Konvertitin und die Vorsitzende des schwedischen Islamrates spricht gar von 400.000 nicht in den offiziellen Statistiken erfaßten übergetretenen Bürgern des Neun-Millionen-Volkes.

Längst fordert „Sveriges Muslimska Förbund“, der mit 70.000 Mitgliedern größte islamische Interessenverband des Landes, eine eigene Gesetzgebung für Muslime. So gehöre der beleidigende und sündige Sexualkundeunterricht abgeschafft, müsse der gemeinsame Schwimmunterricht gestrichen und müßten spezielle Frauentage in Bädern und Saunen eingerichtet werden. Während des Freitaggebets seien Muslime von der Arbeit freizustellen und für den Bau von Moscheen müsse es zinslose Darlehen getan. Außerdem gehöre die Gleichstellung von Mann und Frau, zumindest für Moslems, gestrichen.

Das sind Warnsignale an das übrige Europa und sie machen deutlich, wie sehr durch die Immigranten des Halbmondes Gesellschaft, Justiz und Kultur van Scharia-konformen Gesichtspunkten unterwandert werden.

Joachim Feyrerabend

KZ-Schwindler aufgefliegen

Ganze fünf Jahre hielt der jetzt 77jährige Otto Paul Uthgenannt aus Ostfriesland als vermeintlicher KZ-Überlebender die Menschen zum Narren. Als angeblicher Insasse des KZ Buchenwald vor 1945 schwadronierte er vor Schülern und phantasierte sich schaurige Geschichten zusammen: Dabei trat er mit Kippa auf dem Kopf auf und hielt demonstrativ zwei Scheiben Brot hoch - diese Teile sollen seine Essensration für zwei Tage gewesen sein - wobei er fragte: „Könnt Ihr Euch das vorstellen?“ Uthgenannt's Phantasie ging aber noch weiter: Er behauptete, die Nationalsozialisten hätten in der Reichskristallnacht seinen Vater verprügelt. Daraufhin sei die Familie Hals über Kopf nach Italien geflohen. Ferner erwähnte er einen überfüllten Güterwaggon, der die Familie ins KZ Buchenwald gebracht habe. Er redete von Morgenappellen in viel zu dünnen Häftlingslumpen und Kindern, die täglich die SS-Latrinen hätten säubern müssen. Sage und schreibe 72 Verwandte soll er durch die Nationalsozialisten verloren haben. Vater, Mutter, die drei Jahre jüngere Schwester sollen alle in Buchenwald umgekommen sein. Nur er, geboren am 28. Mai 1935, habe als einziges Familienmitglied das Lager überlebt.

Alles frei erfunden!

Unlängst nahm man einen Aufsatz von Uthgenannt über Buchenwald unter die Lupe, den dieser in den 1990er Jahren geschrieben hatte. Darin schrieb er, die Nationalsozialisten hätten seinen Freund in die Gaskammer schicken wollen. Aber, so schrieb sogar eine etablierte BRD-Zeitung, die diese Geschichte kommentiert, empört: „Gaskammern gab es in Auschwitz, nicht in Buchenwald!“

Der Kustos für die Geschichte der Gedenkstätte Buchenwald, Dr. Harry Stein, zeigte Verständnis für den Schwindler: Kindliche Erinnerungen könnten irren, „wir sind da sehr tolerant“, so Stein. Das, was aber Uthgenannt verkündete, meinte Stein, „das stellt alles auf den Kopf, was wir wissen“.

Herr Stein verkündete: 1940 habe es gar keine Transporte von Italien nach Buchenwald gegeben, wie von Uthgenannt behauptet. Jüdische Kinder seien erst ab 1944 nach Buchenwald deportiert worden. „Völlig falsch“ sei auch Uthgenannt's Schilderung der Befreiung. Zur Zahl der befreiten Kinder sagte Stein: „Keine Ahnung, woher er die hat.“ Uthgenannt's Neuanfang in einem Zürcher Waisenhaus: „Kann so nicht stimmen“, so Stein.

Auf die Schliche kam man schließlich dem ostfriesischen Schwindler, da sich der Name Uthgenannt in keinem einzigen Archiv befindet - weder in den Datenbanken der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem noch im Gedenkbuch des Bundesarchivs in Koblenz und auch nicht in den Aktenordnern von Buchenwald.

Die Uthgenannt's waren auch keine Juden. Sie alle waren evangelisch. Vater Uthgenannt wurde 1940 Soldat und kam 1947 aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager 7125/6 zurück. Mutter Uthgenannt verstarb im Jahre 1961 in Göttingen. Und Ottos Schwester kam auch nicht im Konzentrationslager um, sie lebt heute in Süddeutschland.

Lehrer suspendiert wegen Gebrauch des Wortes „Neger“.

Der Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick (63), der an der Friedrich-Bayer-Schule unterrichtete, gab Anfang September 2012 vertretungsweise eine Stunde Biologie für eine Klasse Neunt- und Zehntkläßler. Dabei gebrauchte er, um den Unterschied zwischen einzelligen und Bakterien zu erläutern, den Satz: „Alle Neger sind Menschen, aber nicht alle Menschen sind Neger.“ Daraufhin warf ihm ein Schüler „Rassismus“ vor. Schmick versuchte in der anschließenden Diskussion den Schülern zu beweisen, daß „Neger“ im Gegensatz zu „Nigger“ nicht beleidigend sei und schrieb beide Wörter an die Tafel. Zwei andere Schüler verließen die Klasse, trafen draußen eine Mitschülerin aus Kamerun und erzählten ihr den Vorfall. Das Mädchen stürmte dann in die Klasse und warf dem

Lehrer Rassismus vor. Dieser verwies sie des Raumes. In die nachfolgende Diskussion auf dem Schulhof griff der Schulleiter ein und schickte beide nach Hause. Das Mädchen zeigte am folgenden Tag den Lehrer an, der vom Unterricht freigestellt wurde. Der Staatsschul der Polizei ermittelte. Die damit befaßte Staatsanwaltschaft sah keine Beleidigung und stellte das Verfahren Anfang November ein. Der Lehrer blieb weiterhin vom Dienst befreit, drängte aber auf seine Rehabilitierung. Er war zwischen 2000 und 2007 schon einmal vom Dienst suspendiert gewesen, weil ihm in einem Flugblatt unterstellt worden war, im Unterricht Verbrechen der Wehrmacht verharmlost zu haben. Die damaligen Ermittlungen ergaben nichts gegen den Lehrer, der dann wieder unterrichten durfte.

Quelle: Junge Freiheit, 30. 11. 2012

Zitat

„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas sind. Das wird immer wieder zu 'Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal, wofür. Es kann auch radikal verschwendet werden – **Hauptsache, die Deutschen haben es nicht.** Schon ist die Welt gerettet.“

Joseph (Joschka) Fischer, ehem. "Die Grünen"

Häupl und Vassilakou verschulden Wien mit 4,35 Milliarden Euro

Nach der Wiener Wahlschlappe und dem Verlust der Absoluten im Jahr 2010 hat Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) über die Koalitionsbildung sinniert. Für ihn kämen die ÖVP und die Grünen in Frage, sagte er in die Mikros der fragenden Journalisten, allerdings müsse er da zwischen der Pest und Cholera entscheiden. Die Grünen gingen schließlich trotz dieser öffentlichen Beleidigung durch Häupl ein Bündnis mit den Roten ein.

Egal, ob es die Pest oder die Cholera war, mit der sich der gewichtige Rote da ins Bett gelegt hat. Zweieinhalb Jahre später kann die rot-grüne Stadtregierung tatsächlich mit einem Rekord aufwarten, einem Schuldenhöchststand, den es zuvor noch nie gegeben hat. Laut Rechnungsabschluss 2012, der jetzt vorgelegt wurde, ist die Wiener Bevölkerung dank der rot-grünen Allianz mit 4,349 Milliarden Euro verschuldet. Und ähnlich wie beim krisengeschüttelten Fußballklub Rapid, wo der frühere Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ) den Präsidenten gibt, fragen sich die Wiener, wie das denn sein kann. Die Gebührenerhöhungen waren enorm, allein für das Abwasser musste die Bevölkerung 33 Prozent mehr bezahlen. Dazu kamen Mehreinnahmen durch die drastisch erweiterte Parkraumbewirtschaftung.

Keine Betriebsansiedlungen in Wien

Das alles kann die Misswirtschaft von Rot-Grün nicht kompensieren. Zu Buche schlägt vor allem die Betriebsfeindlichkeit der Stadt. Die Unternehmer müssen ständig gegen irgendwelche Auflagen kämpfen, statt sich um Wesentliches in ihrem Betrieb kümmern zu können. Manager klagen, dass der Flughafen Schwechat nicht mehr die Verbindungen hat, um Geschäftsmetropolen ohne große Umwege anfliegen zu können. Schließlich deckte das Wirtschaftsblatt auf, dass es im Vorjahr in Wien nicht eine einzige Ansiedlung eines Betriebes mit mehr als tausend Quadratmetern Geschäftsfläche gab und dass dadurch die meisten Bürotürme leer stehen.

Wien tut nichts, um den Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen. Häupl und Vassilakou lassen sich zwar feiern, wenn Wien von einem fragwürdigen Gremium zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt wird. Doch die Bürger haben nichts davon. Die Arbeitslosigkeit steigt, ebenso der Schuldenberg und die Zuwanderung. Letzteres verursacht aufgrund der Sozialleistungen zusätzlich hohe Kosten. Häupl beunruhigt das nicht, zähle Wien, wie er stets betont, doch zu den reichsten Städten der Erde. Mit den Grünen im Boot wohl nicht mehr lange. Denn der Vizebürgermeisterin Vassilakou ist ein grün angepinselter Radweg offenbar lieber als dringend notwendige Arbeitsplätze für die Jugend.

Pest und Cholera in Rot-Grün vereint?

Ob Häupl mit den Grünen als Regierungspartner die Pest oder die Cholera gewählt hat, kann er im Nachhinein nur selbst beantworten. Für viele Wiener haben sich mit Rot und Grün – um im Jargon des Bürgermeisters zu bleiben – ohnehin die Pest mit der Cholera vereint. Und da fragt man sich zu Recht, ob zwei Parteien mit so schweren Krankheiten ein gesundes Budget zusammenbringen.

Quelle: www.unzensuriert.at v. 7. Juni 2013 - 16:28

Türkische „Kulturbereicherer“

Wüste Szenen spielten sich in der Favoritenstraße im 10. Bezirk ab.

An einem Informationsstand der Favoritner Freiheitlichen machten sich drei türkischstämmige Jugendliche vor dutzenden Augenzeugen an einem FPÖ-Transparent zu schaffen und versuchten dieses zu entwenden. Auf den Hinweis der freiheitlichen Funktionäre, das zu unterlassen, reagierten die Migranten mit wüsten Beschimpfungen und Verbalinjurien. Zudem gingen die drei mit Drohgebärden auf die Funktionäre zu und verpassten einem Freiheitlichen einen Schlag auf den Kopf. Auf einen weiteren Bezirksfunktionär, welcher auf diese Tat hin den Polizeinotruf absetzen wollte, wurde mit den Füßen eingetreten, so heute der Bezirksparteiobmann der FPÖ-Favoriten, Stadtrat DDr. Eduard Schock.

Nachdem die Schlägertruppe die Flucht ergriffen hat, konnte die eintreffende Polizei nur mehr die Anzeige der Opfer entgegennehmen. Fotomaterial der Täter wird den Behörden selbstverständlich übermittelt, so Schock. Angesichts der zunehmend gewalttätigen Übergriffe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund „in europäischen Großstädten“ scheint auch Wien nicht von dieser dramatischen Entwicklung verschont zu bleiben. Jetzt geht die Saat von Häupl, Brauner und Co. auf.